

Zeitfenster für die Genossenschaftsexpansion

Autor(en): **Badran, Jacqueline**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **88 (2013)**

Heft 6: **Fenster**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZEITFENSTER FÜR DIE GENOSSENSCHAFTSEXPAANSION

Von Jacqueline Badran

Endlich, dachte ich mir. Endlich kommen Bewohnerinnen und Bewohner von Genossenschaften zu Wort. Nein, nicht in diesem wunderschönen Magazin *Wohnen*. Hier ist das ja normal. Zu Wort kamen sie in der «NZZ am Sonntag» vom 28. April 2013. Und das auf einer schön aufgemachten Doppelseite. Überschrift: «Wohntrend Genossenschaften». Genau! Schon der Titel löste in mir Freude aus. Klar, denn ich fühlte mich bestätigt. Ich sage immer und wo ich kann: Die Zukunft gehört dem gemeinnützigen, nichtrenditeorientierten Wohnbau. Entsprechend schwärmten denn auch die zu Wort kommenden Genossenschaftsmieterinnen und -mieter. Sonst könnten sie als Familie nicht mehr in der Stadt wohnen. Weil fast nur Genossenschaften kinderfreundliche Umgebungen bereitstellten. Und weil das fast dörfliche Gemeinschaftsgefühl wichtig sei.

Schädliche Einkommenslimiten

Auffällig dabei war – und das musste doch einige Lesende erstaunen –, dass eigentlich typische Vertreterinnen und Vertreter des sogenannten klassischen Mittelstandes zu Wort kamen. Homöopathietherapeutin, Journalist, Psychologin, industrieller Buchbinder usw. Ihre Aussagen waren klar und übereinstimmend: «Die Stadt Zürich ist nur wegen des hohen Anteils an Genossenschaften attraktiv.» «Die Stadt wäre sonst gefüllt mit Yuppies.» Dass dies fast die ganze Stadtbevölkerung so sieht, beweist, dass die Expansion der Genossenschaften von 25 Prozent Marktanteil auf 33 Prozent von Dreiviertel der Bevölkerung angenommen wurde. Erst kürzlich wurde in Zürich eine weitere Stiftung für günstiges und ökologisches Wohnen – dotiert mit einem Stiftungskapital von 80 Millionen Franken – ebenfalls mit 76 Prozent Zustimmung angenommen.

Allerdings ist dieser letzte Entscheid etwas zwiespältig. Der Gemeinderat hat es fertig gebracht, eine Einkommenslimite für die Mietenden festzulegen. Für mich geht das gar nicht. Wir wollen eine durchmischte Welt und keine Ghettos. Genossenschaften sind eine volkswirtschaftlich und gesellschaftlich richtige und wichtige Veranstaltung und nur als erwünschter Nebeneffekt sozialpolitisch relevant. Zudem: Genossenschaften sind privatwirtschaftliche Organisationen und nicht Bittstellerinnen beim Staat. Und als solche



Nationalrätin Jacqueline Badran schreibt in *Wohnen* zweimonatlich über ein aktuelles politisches Thema.
www.badran.ch

sind sie gemäss ihren Statuten frei, zu vermieten, an wen sie wollen. Will man Mietende von Genossenschaftswohnungen denn auf die Strasse stellen, wenn sie sich einkommensmässig verbessert haben? Ich finde, die Genossenschaften müssen sich unmissverständlich gegen diese Tendenz wehren. Einkommenslimiten dürfen nur verlangt werden, wenn die Wohnung subventioniert ist oder wenn die Statuten der einzelnen Genossenschaft dies vorsehen. Sonst zementieren wir das falsche Bild, dass Genossenschaften subventioniert sind und man ihnen deshalb Vorschriften auferlegen darf.

Von griffigen Massnahmen keine Spur

Genau diese fatale Denkweise, Genossenschaften seien nur «für die, die es nötig haben» und nicht etwa für alle, zeigt sich in den Vorschlägen des Bundesamts für Wohnungswesen. Im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit wurde von links-grünen Parteien und dem MieterInnenverband massiv Druck gemacht für die Erarbeitung von flankierenden Massnahmen. Dabei sind sie ein enormes Risiko eingegangen. Sie haben ihre Zustimmung zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit abhängig gemacht von griffigen Massnahmen für zahlbaren Wohnraum. Nun sind die ersten Vorschläge aus dem Schneider-Amman-Departement durchgesickert (in eben dieser «NZZ am Sonntag»). Wie zu erwarten war: Eine klare Strategie zu Gunsten des genossenschaftlichen Wohnbaus ist nicht in Sicht. Von griffigen Massnahmen keine Spur. Warum? Weil dies viel kosten würden, wie dies auch die «NZZ am Sonntag» unreflektiert kolportiert.

Dabei ist nun ein fast einmaliges und grosses Zeitfenster da, um der politischen Forderung nach einer klaren Expansion der Wohngenossenschaften zum Durchbruch zu verhelfen. Einmalig, weil die Drohung nur jetzt im Raum steht und der Gesamtbundesrat wild entschlossen ist, Nägel mit Köpfen zu machen. Gross, weil in den letzten zwei bis drei Jahren viele Volksabstimmungen in den Gemeinden angenommen wurden und weil der Leidensdruck bis in den oberen Mittelstand steigt und steigt. Und genau zu diesem Zeitfenster hinaus sollten die Wohnbaugenossenschaften bestimmt und selbstbewusst hinausrufen: «Flankierende Massnahmen? Wir sind die Lösung, wir sind die Zukunft. Und zwar für alle.» ■

Illustration: Hans-Peter Furrer